



BIHK

Konjunkturbericht

Sonderauswertung Frühjahr 2026

Die stille Erosion des Arbeitsmarktes

Hohe Arbeitskosten und schwache Perspektiven zwingen die bayerischen Unternehmen in allen Branchen zum Beschäftigungsabbau. Die Arbeitslosigkeit in Bayern nimmt seit 2023 kontinuierlich zu.¹ Das tatsächliche Ausmaß wird durch die gesellschaftliche Alterung verschleiert. Absehbar stark steigende Lohnnebenkosten werden den Beschäftigungsabbau zusätzlich weiter verschärfen.

In der aktuellen BIHK-Konjunkturumfrage gibt es wenig Positives zu berichten. Die Geschäftslage bleibt im Tief gefangen. Die Geschäftserwartungen geben nach und die Zurückhaltung der Unternehmen bei Inlandsinvestitionen verfestigt sich. Besonders auffällig sind die Beschäftigungsabsichten. Abseits akuter Krisen wie der Finanzmarktkrise 2008/2009 oder der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 ist die Beschäftigungssituation so angespannt wie seit über 20 Jahren nicht mehr: Sie nähert sich dem Niveau der Strukturkrise Mitte der 2000er Jahre an. 11 % der Betriebe wollen zwar Beschäftigung aufbauen. Mit 24 % wollen jedoch deutlich mehr Unternehmen Stellen abbauen. Der Saldo liegt bei -13. Der langjährige Durchschnitt von null wurde seit Herbst 2023 nun neunmal in Folge unterschritten – ein bisher einmaliger Befund seit Beginn der Erhebung im Jahr 2004.

In allen Branchen wird per Saldo Beschäftigung abgebaut. In der Industrie ist das Niveau der Strukturkrise Mitte der 2000er Jahre bereits erreicht; der Stellenabbau ist in vollem Gange: Jedes dritte Unternehmen plant hier mit weniger Beschäftigung, nur jedes zehnte mit Aufbau. Ein ähnlich fatales Bild zeigt sich im Tourismus und im Handel: Hier ist es etwa jedes vierte Unternehmen, das mit Stellenabbau plant; nur noch etwa jedes zwanzigste in diesen Branchen möchte Stellen aufbauen. Die Dienstleister als noch stärkster Sektor bewegen sich per Saldo zwar oberhalb des Schnitts, jedoch ist auch hier der Saldo seit Herbst 2025 durchgehend negativ.

Laut BIHK-Konjunkturumfrage aus dem Herbst 2025 entfallen lediglich rund 25 % des geplanten Stellenabbaus auf unbesetzte Stellen infolge von Arbeitskräftemangel, während etwa 75 % auf aktiven Personalabbau zurückgehen. In der Industrie liegt dieser Anteil sogar bei knapp 80 %. Im Herbst 2024 war das Verhältnis bei dieser jährlichen Frage noch stärker vom Arbeitskräftemangel geprägt: Damals nannten rund ein Drittel fehlende Arbeitskräfte und zwei Drittel aktiven Stellenabbau als Hauptursache. Der aktiv gesteuerte Stellenabbau hat somit spürbar an Bedeutung gewonnen.

Impulse für die Wirtschaftspolitik

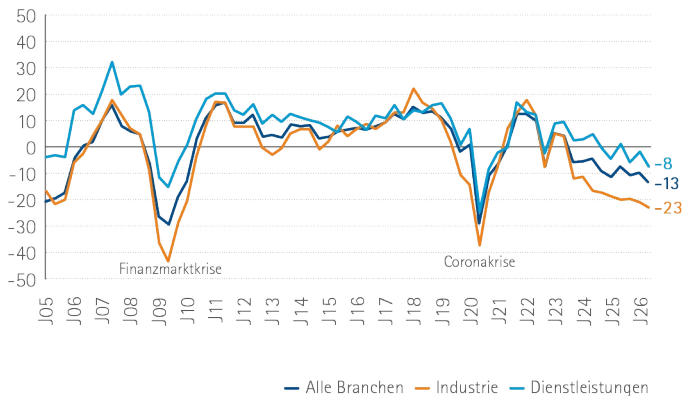


- **Arbeitsmarkt realistisch beurteilen:** Stellenabbau führt nicht automatisch zu hoher Arbeitslosigkeit. Entscheidend ist die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens (Arbeitsstunden).
- **Arbeitskosten entschärfen:** Hohe Arbeitskosten sind ein zentrales Investitionshemmnis. Sozialversicherungsbeiträge sollten dauerhaft auf maximal 40 % der Bruttolöhne begrenzt werden.
- **Arbeitsvolumen heben:** Anreize für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben sind abzubauen, insbesondere bei Frührente, „Rente mit 63“ und anderen Übergangsregelungen.
- **Institutionelle Glaubwürdigkeit sichern:** Die Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission ist zu wahren; politische Vorgaben oder Eingriffe sind zu unterlassen.
- **Anpassungsfähigkeit erhöhen:** Beschäftigte müssen befähigt werden, sich eigenverantwortlich an veränderte Anforderungen am Arbeitsmarkt anzupassen. Dafür sind die Kosten und Hürden von beruflicher Neuorientierung strukturell zu senken.

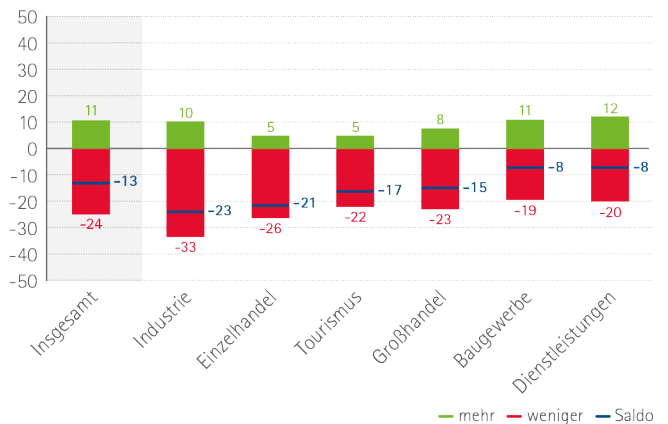
¹ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, 2026

Beschleunigter Beschäftigungsabbau

Saldo der Anteile aus Beschäftigungsauf- und -abbau



Industriearbeitsplätze besonders unter Druck



Hohe Arbeitskosten sind ein wesentlicher Treiber für den verstärkten Stellenabbau. Aktuell wird das Risiko „Arbeitskosten“ über alle Branchen hinweg von 58 % der Unternehmen und damit so häufig wie nie zuvor genannt. Der Wert lag bereits seit Frühjahr 2023 konstant über 50 % und stieg in 2026 nochmals merklich an. Ein besonders großes Problem sind die Arbeitskosten für den Tourismus, wo sogar 70 % der Unternehmen von ihnen als Geschäftsrisiko berichten. In der Industrie sind es mit 67 % ähnlich viele. Hinter den Energie- und Rohstoffpreisen, den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der Inlandsnachfrage sind die Arbeitskosten das vierte zentrale Risiko für Unternehmen.

Zu den hohen Arbeitskosten dürfte die deutliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns seit Oktober 2022 beitragen, die im Zuge politischer Eingriffe in die Mindestlohnfindung erfolgte: Während der Mindestlohn bis 2027 um nahezu 50 % ansteigen wird, dürfen die Nominallohne im selben Zeitraum um rund 23 Prozent zulegen.²

Der zentrale Kostenfaktor sind jedoch die bereits hohen und absehbar weiter steigenden Lohnnebenkosten. Projektionen zufolge wird der Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz der beitragspflichtigen Einnahmen im Jahr 2030 45,4 % und im Jahr 2040 49,7 % betragen – heute liegt er bereits bei 42,3 %.³ Dadurch werden die Arbeitskosten für Unternehmen automatisch spürbar ansteigen, wenn sie ihre Beschäftigtenzahl konstant halten.

Dabei halten sich Unternehmen bereits heute mit neuen Stellen zurück: Die Zahl der Ausschreibungen ist seit Jahren rückläufig, freiwerdende Stellen werden häufig nicht neu besetzt: Die Anzahl an neuen Stellenmeldungen bei der Bundesagentur für Arbeit in Bayern war (beginnend mit Januar 2007) nur in der Finanz- und Coronakrise geringer als in der aktuellen Phase. Auch wenn sich die Arbeitslosenquote in Bayern mit aktuell 4 % noch im Rahmen hält, ist die Arbeitslosenzahl innerhalb von drei Jahren um fast 100 Tsd. Personen angestiegen.¹

Dass der Anstieg der Arbeitslosenquote bislang begrenzt bleibt, ist maßgeblich auf demografische Effekte zurückzuführen. Viele Beschäftigte scheiden altersbedingt aus dem Erwerbsleben aus und stehen dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung, teils früher als regulär, beispielsweise im Rahmen von Abfindungsregelungen. Gleichzeitig erhöhen politische Maßnahmen wie die Rente mit 63, diverse Formen der Frühverrentung oder der Einsatz von Transfergesellschaften die Anreize für Beschäftigte früher als notwendig aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen. In vielen Fällen treffen sich dabei die Interessen von Unternehmen und Beschäftigten.

Diese Entwicklung ist eine gesamtwirtschaftliche Belastung. Sinkende Beschäftigtenzahlen führen zu einer geringeren Zahl von Beitragszahlern und erhöhen die finanzielle Belastung der sozialen Sicherungssysteme zusätzlich. Auch das langfristige Wirtschaftswachstum wird durch die Entwicklungen spürbar gedämpft:

1. Weiterer Rückgang des Arbeitsvolumens: Mit sinkender Erwerbstätigenzahl reduziert sich auch das insgesamt geleistete Arbeitsvolumen. Bereits zwischen 2019 und 2025 ist dieses in der Privatwirtschaft um 1,85 Milliarden Stunden zurückgegangen.⁴

² Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Statistisches Bundesamt, 2026

³ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2026

⁴ Statistisches Bundesamt, 2025

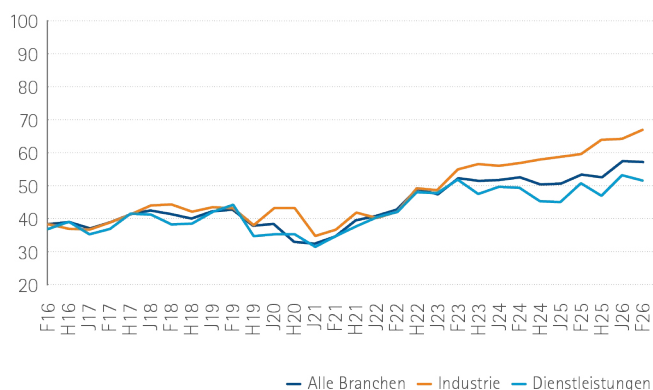
2. **Schwache Produktivitätsentwicklung:** Statt in neue, produktivere Bereiche zu wechseln, scheiden zu viele Erwerbstätige aus dem Arbeitsmarkt aus.

3. **Investitionszurückhaltung:** Hohe Arbeitskosten zählen zu den wichtigsten Faktoren, die Unternehmen von Investitionen im Inland abhalten.⁵

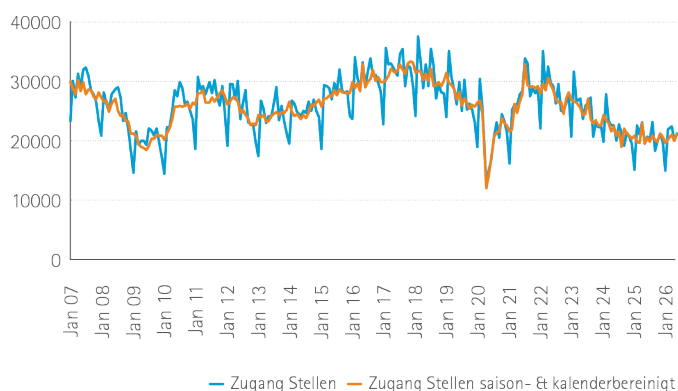
Zudem ist abzusehen, dass insbesondere jene Regionen in Bayern von den Entwicklungen überproportional betroffen sind, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit maßgeblich auf einer starken industriellen Basis beruht (beispielsweise das Chemiedreieck). Erfolgt der Beschäftigungsabbau dort primär über vorzeitige Renteneintritte, entsteht kurzfristig der Eindruck relativer Stabilität. Mittel- bis langfristig führt dies jedoch zu einem Rückgang der regionalen Kaufkraft. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang auch die aktuellen Beschäftigungserwartungen in der Region Ingolstadt, die wieder das äußerst schwache Niveau der Corona-Pandemie erreicht haben.

Ohne tiefgreifende Reformen in den sozialen Sicherungssystemen und arbeitsmarktpolitischen Anreizen droht sich der Stellenabbau weiter zu verschärfen. Wirksame Reformen müssen das Potenzialwachstum dauerhaft erhöhen – indem Investitions- und Beschäftigungsanreize verbessert und die Arbeitskosten entschärft werden.

Risiko Arbeitskosten weiterhin auf Rekordniveau



Anzahl der in Bayern neu gemeldeten Stellen auf drittniedrigstem Level⁶ (Seit 2007)



⁵ BIHK Konjunkturbericht Sonderauswertung Jahresbeginn, 2026

⁶ Bundesagentur für Arbeit, 2026

BIHK-Konjunkturumfrage

Befragungszeitraum
13.04.2026 bis 24.04.2026

Eingegangene Unternehmensantworten
3.400 insgesamt

Weitere Informationen



Ausführliche Erläuterungen zu den Umfrageergebnissen finden Sie im Internet unter
ihk-muenchen.de/konjunktur

Kontakt

IHK für München und Oberbayern
Dr. Alexandra Heimisch-Röcker und Yannik Hahn
☎ 089 5116-0
@ Konjunktur@muenchen.ihk.de